Deine Gemeinschaft, deine Jugend

RAT DER
DEUTSCH-
SPRACHIGEN
JUGEND

Memorandum des Rates der deutschsprachigen Jugend V.o.G. zu den Gemeinschaftswahlen 2014

Eupen, Februar 2014

Einleitung

Jugend ist Zukunft, das ist allen klar. Doch für uns Jugendliche ist es nicht nur wichtig, dass wir die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) sind, wir brauchen auch ein Hier und Jetzt.

Ein Hier und Jetzt, das uns als aktiven Bürgern dieser Gesellschaft gerecht wird;
Ein Hier und Jetzt, das uns befähigt, über unsere eigene Zukunft zu bestimmen;
Ein Hier und Jetzt, das uns fördert und uns nicht einengt;
Ein Hier und Jetzt, das uns den Raum zur freien Entfaltung lässt;
Ein Hier und Jetzt, das uns mit all unseren Stärken und Schwächen respektiert;
Ein Hier und Jetzt, das uns nicht nur als potentielle Arbeitskräfte und Beitragszahler sieht;
Ein Hier und Jetzt, das uns als Menschen mit allen dazugehörenden Rechten anerkennt;
Ein Hier und Jetzt, das uns einen optimistischen Blick auf die eigene Zukunft ermöglicht;
Ein Hier und Jetzt, das uns erlaubt, jung zu sein.

Der Rat der deutschsprachigen Jugend, die politische Vertretung der Jugendlichen und der Jugendeinrichtungen in der DG, glaubt an die Zukunft und fordert Anpassungen am Hier und Jetzt, sodass „Deine Gemeinschaft" auch in Zukunft unsere Gemeinschaft sein wird.

Hierbei müssen die Menschenrechtsverträge und die darin verankerten Prinzipien der Chancengleichheit der Kompass des politischen Handelns sein. Die Chancengleichheit ist ein Konzept, welches von der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt und gefördert wird, dennoch sollten mehr Anstrengungen zur Verwirklichung dieses erstrebenswerten Ideals

unternommen werden. Eine auf den Menschenrechtsverträgen basierende Politik soll für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Chance darstellen, um gemeinsam mit den Jugendlichen und all seinen Bürgern eine lebenswerte Zukunft für alle zu gestalten.

Heute werden insbesondere junge Menschen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise mit Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Sie können sich so schwer zu selbstbestimmten Bürgern unserer Gesellschaft entwickeln. Entscheidungen, die im Hier und Jetzt getroffen werden, dürfen weder dazu führen, dass der jetzigen, noch den künftigen Generationen politische Gestaltungsmöglichkeiten genommen werden. Der RdJ möchte die Gemeinschaftswahlen 2014 nutzen, um junge Menschen wieder ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit und der Investitionspolitik zu rücken. Daher fordert der RdJ eine effektive Partizipation in der Entscheidungsfindung, eine nachhaltige und weitsichtige Politik, eine verstärkte Investition in die Jugendbeschäftigung und in die Bildung, sowie eine konsequente menschenrechtliche Perspektive in allen Bereichen der Politik. Dies alles muss den Herausforderungen der Jugendlichen gerecht werden und ihnen neue Chancen eröffnen.

Eine effektive Partizipation in der Entscheidungsfindung

1. Die Schaffung von verbindlichen Richtlinien für Partizipation in allen Politikbereichen und in allen Etappen der Entscheidungsfindung (Planung, Umsetzung, Evaluation) gewährleistet eine durchgängige Partizipation/Einbindung der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung.

2. Nach dem Vorbild des RdJ sind auch andere Beratungsorgane der DG in unabhängige Vereinigungen umzuwandeln und zu fördern. Diese Autonomie fördert die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Wahrung der Demokratie.

3. Der RdJ ist als gleichberechtigter Partner in der Jugendpolitik zu etablieren. Durch diese Partnerschaft kommt den Jugendlichen mehr Verantwortung und Mitspracherecht zu. Dies stärkt ihre Gestaltungskompetenzen und wird ihnen ermöglichen, sich selbst zu entfalten.

4. Die politische Bildung sollte in der DG in all ihren Aspekten durch eine neugegründete, politisch neutrale Vereinigung gefördert werden, und dies sowohl im formellen Bildungsbereich als auch durch nicht-formelles und informelles Lernen – ein Leben lang.

5. Der Familien- und Generationenbeirat muss strukturell und finanziell aufgewertet werden. Unter anderem sollte er durch einen eigenen hauptamtlichen Koordinator unterstützt werden. Der RdJ sollte als Vertretung der jungen Generation vollwertiges Mitglied dieses Rates sein.

6. Den Jugendlichen stehen in Form von Jugendtreffs, Versammlungs- und Veranstaltungsräumen ortsnahe Räumlichkeiten zur Verfügung, die an den spezifischen Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet sind.

Eine nachhaltige und weitsichtige Politik

7. Politische und gesetzgeberische Entscheidungen müssen auf den Aspekten der Nachhaltigkeit (sozial, ökonomisch und ökologisch), der Menschenrechte und der Jugend basieren. Dies erlaubt es, die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen besser abschätzen zu können.
8. Das familienpolitische Konzept der Regierung muss allen Formen des Zusammenlebens gerecht werden, sowohl der traditionellen Familie als auch den alternativen Formen wie der Patchworkfamilie, der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft und Ehe, den Alleinstehenden, den „Living apart together"-Beziehungen,…
9. Die Familienzulagen, insbesondere die Kinderzulagen, dienen der Befähigung und sozialen Eingliederung der Kinder und Jugendlichen. Als solche müssen diese gerecht verteilt werden und ausschließlich dem Wohl des Kindes dienen.
10. Durch eine innovative und bedarfsorientierte Raumordnungs-, Wohnungsbau- und Beschäftigungspolitik in den jeweilig zuständigen Gremien müssen für die Jugendlichen die notwendigen Anreize geschaffen werden, um nach der Ausbildung oder dem Studium in der DG zu bleiben bzw. zurückzukehren und hier auch langfristig sesshaft zu bleiben.

Eine verstärkte Investition in die Jugendbeschäftigung und in die Bildung

11. Innovation und Kreativität bilden das Rückgrat der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der DG. Junge Menschen müssen in diesen Prozess einbezogen und in der wirtschaftlichen Verwirklichung ihrer Ideen gefördert werden.

12. Die schulische Bildung muss sich an zwei Grundprinzipien orientieren: die Befähigung zur Anwendung erlernten Wissens und die Befähigung zum selbstständigen und eigenverantwortlichen Leben. Die Inklusion der Kinder und Jugendlichen aus benachteiligten Lebenswelten muss durch eine lernzentrierte/schülerzentrierte Unterrichtsgestaltung sichergestellt werden.

13. Wir fordern eine flächendeckende Prävention zur Förderung geistiger Gesundheit, um jungen Menschen in der DG Instrumente und Methoden an die Hand zu geben, die ihre Selbstachtung fördern und die beim Umgang mit emotionalem Druck helfen. Wer keinen gesunden Umgang mit seinen Gefühlen erlernt hat, ist anfällig für Depressionen, Aggressionen oder Konzentrationsschwierigkeiten. Diese Probleme müssen verstärkt angepackt werden und dürfen keine Tabuthemen mehr sein. Wenn Kinder und Jugendliche lernen, mit ihren Emotionen umzugehen, können sie sich aktiv zu ausgeglichenen und glücklichen Menschen entwickeln.

14. Sprachenkenntnisse sind eine der Schlüsselkompetenzen für eine wirtschaftsstarke und zukunftsweisende Gesellschaft. Internationale Vergleiche müssen uns anspornen, verstärkt in die aktive Drei- und Viersprachigkeit zu investieren. So werden die Jugendlichen aus der DG auch zukünftig auf dem Arbeitsmarkt gefragt sein.

15. Medienkompetenz wird von Jahr zu Jahr im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben wichtiger. Das Bildungssystem (formell und informell) muss sich darauf einstellen und den Jugendlichen entsprechende Kompetenzen vermitteln und die kritische Auseinandersetzung mit diesen fördern. Außerdem sollte die Medienkompetenz auch außerhalb der Schule gefördert werden.

16. Die Beschäftigungspolitik gewährt den Jugendlichen einen direkten, gerechten und qualitativ hochwertigen Zugang zum Arbeitsmarkt und vermittelt ihnen die hierzu benötigten und zukunftsweisenden/zukunftsorientierten Kompetenzen. Eine an den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtete Umsetzung der „Europäischen Jugendgarantie" und eine Praktikacharta sind hierbei wichtige Instrumente. Eine Vertretung der Jugend im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes fördert diese Prozesse.

17. Jungen Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich auch unabhängig ihren Alters für eine duale Ausbildung entscheiden zu können. Bei dieser Entscheidung sollen sie durch die öffentliche Hand, auch finanziell, unterstützt werden.

Eine konsequente menschenrechtliche Perspektive in allen Politikfeldern

18. Allen Jugendlichen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer politischen und religiösen Weltanschauung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung oder auf Basis irgend eines anderen Diskriminierungsgrundes, soll zur vollen und gleichberechtigten Ausübung ihrer Menschenrechte verholfen werden.
19. Im Ministerium muss, durch einen übergeordneten Dienst, die strategische Ausrichtung, die langfristige Planung und die Gewährleistung der vollständigen Umsetzung der Menschenrechtsverträge, insbesondere der Kinder- und Jugendrechte, durch Aktionspläne und Strategien fachübergreifend garantiert werden. Dieser Dienst sollte dann auch die transversale Erstellung und Umsetzung der Jugendstrategie koordinieren.
20. In der DG sollte ein unabhängiger Menschenrechtsrat, bestehend aus den spezialisierten Vereinigungen, allen beratenden Gremien und den Gemeinden gegründet und von der DG unterstützt werden.

Verantwortlicher Herausgeber:

Rat der deutschsprachigen
Jugend V.o.G.
Hütte 79/16
B - 4700 Eupen
Tel.: +32(0)87/56 09 79
Fax.: +32(0)87/56 09 44
E-mail: rdj@rdj.be
Web: www.rdj.be

DG

RAT DER
DEUTSCH-
SPRACHIGEN
JUGEND